

Wolf war von Rame- low ein Ministerpos- ten angeboten wor- den, wenn sie in der Linken bleibe; sie wechselte den- noch zum BSW.

Voigt über Wolf: „Da habe ich den Ein- druck, da ist mehr Re- alitätssinn drin als bei den Linken oder bei manchen Teilen der Grünen“. Er schau- sich deshalb „erst ein- mal an, was die pro- grammatisch wollen. Ausschließen tue ich das nicht.“

Zersplitterung des Parteiensystems

Das Wagenknecht- Bündnis sorgt für eine

weitere Zersplitterung des Parteiensystems und macht Koalitionsbildungen für CDU, SPD, Grüne und FDP noch schwieriger. Je mehr Parteien vom linken oder rechten Rand in den Parlamenten vertreten sind, umso seltener reicht es noch für die gewohnten Zweier- oder Dreier-Bündnisse.

Für die CDU ist das alles noch komplizierter. Sie schließt nicht nur eine Koalition mit der in Teilen rechtsextremen AfD kategorisch aus, sondern ebenso mit der Linkspartei. SPD und Grüne haben dagegen keinerlei Berührungs- ängste mit der Linken alias SED.

Gegenüber dem „Bündnis Sahara Wagen- knecht“ hat die CDU hingegen noch keinen Ab- grenzungsbeschluss gefasst. Das war bisher auch kaum möglich. Schließlich verfügt die erst im Januar gegründete Partei noch nicht einmal über ein ausformuliertes Parteiprogramm.

Gemeinsamkeiten und Trennendes

Es bedarf allerdings einiger Fantasie, sich vorzu- stellen, dass ausgerechnet Wagenknecht mit bürgerlich-konservativen CDU-Politikern eine tragfähige gemeinsame Basis findet – ungeach- tet der inhaltlichen Nähe bei manchen Themen.

In gesellschaftlichen Fragen wie der Identitätspolitik oder beim Gendern gäbe es keine Pro- bleme. Beim Kampf gegen illegale Migration sind sich CDU und BSW ebenfalls einig. Generell hat die CDU bei der Zuwanderung größere Schnitt- mengen mit dem BSW als mit den Grünen.

In der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik weisen CDU und BSW dagegen keine Gemein- samkeiten auf. Im Gegenteil: Das BSW ist wirt- schaftlich- und sozialpolitisch eindeutig links positioniert, sogar links von der SPD. Dagegen steht



Hugo Müller-Vogg war Mitherausgeber der FAZ, ist Focus-Kolumnist und gefragter Gesprächspartner der Nachrichtensender n-tv, Welt und Phoenix

es in der Außen- und Sicherheitspolitik der AfD recht nahe. In beiden Parteien geben „Putin-Versteher“ den Ton an.

So plädieren beide Parteien für einen schnellen Waffenstill- stand zum Nachteil der Ukraine, wollen Kiew keine Waffen mehr liefern und sprechen sich für die Aufhebung aller Sanktionen gegen Russland aus.

Beim BSW wie in der AfD herrscht zu- dem eine antiamerika- nische Grundhal- tung. Schließlich wür- den beide Parteien die europäische Inte-

gration in vielen Bereichen rückgängig machen. Das Ziel lautet übereinstimmend: Europa souve- rärer Staaten.

Entscheidende Frage für CDU: gemeinsame Sachpolitik trotz ideologischer Unterschiede?

Nun lässt sich argumentieren, die Landesregie- rung in Erfurt hätte ohnehin keinen Einfluss auf Waffenlieferungen an die Ukraine oder Beschlüsse in Brüssel. Die Wirtschafts-, Steuer- und Sozialpolitik wird ebenfalls überwiegend in Berlin gemacht.

Müssten sich dann – jenseits aller ideologi- schen Unterschiede – bei landespolitischen Sachfragen nicht gemeinsame Lösungen finden lassen? Schließlich gibt es, so ein beliebtes Argument, keine schwarzen Straßen und keine roten Krankenhäuser.

Für Mario Voigt und die gesamte CDU wird sich mit Blick auf die Wagenknecht-Partei die- selbe Frage stellen wie bei AfD und Linkspartei: Sind die Grundsatzpositionen so unterschiedlich, die Gräben so tief, dass sie eine pragmatische Zusammenarbeit ausschließen – ganz gleich auf welcher Ebene?

Anders gefragt: Kann man gemeinsam mit einer Partei in Thüringen beispielsweise Struktur- oder Verkehrspolitik machen, obwohl man deren außen- und sicherheitspolitischen Positionen für hochgradig gefährlich hält?

Falls das BSW bei den Landtagswahlen im Osten so gut abschneidet, wie es die aktuellen Umfragen zeigen, könnte die CDU im Herbst vor einer äußerst schwierigeren Frage stehen:

Besser mit dem BSW regieren als gar nicht regieren? ■



„Beim Kampf gegen illegale Migration sind sich CDU und BSW ebenfalls einig. Generell hat die CDU bei der Zuwanderung größere Schnittmengen mit dem BSW als mit den Grünen.“

„Für Mario Voigt und die gesamte CDU wird sich mit Blick auf die Wagen- knecht-Partei dieselbe Frage stellen wie bei AfD und Linkspartei: Sind die Grundsatzpositionen so unterschiedlich, die Gräben so tief, dass sie eine pragmatische Zusammenarbeit ausschließen – ganz gleich auf welcher Ebene?“